

Vorschläge für eine bessere Rentenpolitik

In Sachen Rentenpolitik und Krankenhausfinanzierung gibt es laut Sozialverband Handlungsbedarf.

■ Von Regine Ounas Kräusel

KREIS LÖRRACH. Ernst Schilling machte beim Kreisverbandstag des Sozialverbandes VdK am Samstag Vorschläge für eine bessere Rentenpolitik.

Der Vorsitzende des VdK-Bezirks Südbaden Ernst Schilling nannte vier Punkte: Dass Rentner ab März 2025 für die meisten Krankenkassen einen Zusatzbeitrag zahlen müssen, hielt er für vermeidbar. Schilling kritisierte, dass die Krankenhausreform zur Hälfte über



Die gesetzliche Rentenversicherung soll keine „versicherungsfremden Leistungen“ mehr zahlen, fordert Ernst Schilling, Vorsitzender des VdK-Bezirks Südbaden.

Foto: Pixabay

die Sozialkassen finanziert werden solle.

Tatsächlich soll die Krankenhausreform, die Ende 2024 unter der alten Bundesregierung in Kraft trat, in zehn Jahren 50 Milliarden Euro kosten.

Bisher ist vorgesehen, dass sie je zur Hälfte von den Bundesländern und aus den Sozialkassen bezahlt wird. Dagegen hat der VdK Bundesverband geklagt, weil diese Finanzierung die Versicherten stark belastet

und möglicherweise verfassungswidrig sei. Schilling forderte darüber hinaus, dass die gesetzliche Rentenversicherung keine „versicherungsfremden Leistungen“ mehr zahlt, also keine Mütterrente mehr und keine Leistungen für Kindererziehungszeiten. Nur noch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanzierte Renten sollten seiner Meinung nach ausbezahlt werden. Den Vorschlag von Arbeitsministerin Bärbel Bas, dass in Zukunft auch Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, begrüßte er.

Zu guter Letzt nannte Schilling die Schweiz als Vorbild: Im Nachbarland fließe eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,2 Prozent künftig in die staatlich Rente. Dies ermögliche ab

2026 eine 15. Rentenauszahlung pro Jahr. Ernst Schilling setzte sich außerdem für die Erhaltung der Heimbeiräte in Einrichtungen für Senioren und behinderte Menschen ein. Die Heimbeiräte seien ein wichtiges Bindeglied zwischen Bewohnern, Angehörigen, Kommunen und anderen Institutionen, sagte er.

Laut einer Mitteilung des VdK Baden-Württemberg vom elften April 2025 war geplant, die Heimbeiräte zur Entbürokratisierung aus dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz zu streichen. Der VdK Landesverband begrüßt es in der Mitteilung, dass das Landes-Sozialministerium sich inzwischen klar zu den Heimbeiräten bekennt, und fordert auf eine endgültige Regelung.